

DIE TÜRKEI NACH DEN KOMMUNALWAHLEN - GEFANGEN ZWISCHEN LEGALITÄT UND LEGITIMITÄT

»DIE DICH KENNEN, SIND DEINE BEWUNDERER, DIE DICH NICHT KENNEN, DEINE FEINDE« – ODER: WARUM ERDOĞAN WEITERHIN SO BELIEBT IST

VON ALEXANDER CHRISTIE-MILLER

Dass die AKP ihre Vormachtstellung bei den Kommunalwahlen konsolidieren konnte und Erdoğan's Popularität weiterhin sehr hoch ist, erscheint angesichts des sozialen Aufstands im vergangenen Sommer und der nachfolgenden Abspaltung der Gülen-Bewegung erklärungsbedürftig. Antworten finden sich an der sozialen Basis der Partei, deren Prioritäten am realen materiellen Fortschritt der letzten Dekade orientiert sind, dessen Fortführung in Abhängigkeit von der herrschenden Partei gesehen wird.

Weiter auf Seite 4

DIGITALE PLATTFORMEN, ANALOGE WAHLEN: WIE BÜRGERSCHAFTLICHE GRUPPEN VERSUCHEN, DIE DEMOKRATIE IN DIE TÜRKEI ZURÜCKZUHOLEN

VON BURCU BAYKURT

Die demokratischen Institutionen in der Türkei sind gegenwärtig auf die Behinderung politischer Partizipation ausgerichtet, so auch während der Kommunalwahlen. Das Wirken bürgerschaftlicher Initiativen, die die Wahlen an zahlreichen Orten in der Türkei begleiteten und Manipulationsvorwürfe auswerteten, war seitens der Behörden keineswegs willkommen. Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Wahlergebnisses bleiben bestehen, von einer unabhängigen Überprüfung kann keine Rede sein.

Weiter auf Seite 8

REFLEKTIONEN AUS DER TÜRKEI ZU DEN ERGEBNISSEN DER KOMMUNALWAHLEN: EIN KURSORSCHER ÜBERBLICK

VON ÖZGÜR GENÇ

Die Zusammenstellung von Wahlanalysen vermittelt einen Überblick zu verschiedenen Erwartungen vor der Wahl und gibt Einschätzungen wieder, wie die Wahl sich auf das politische Feld auswirken könnte.

Weiter auf Seite 11

ILKER ATAÇ: »ÖKONOMISCHE UND POLITISCHE KRISEN IN DER TÜRKEI. DIE NEUFORMIERUNG DES PERIPHEREN NEOLIBERALISMUS«, WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT: 2013

REZENSION VON AXEL GEHRING

Weiter auf Seite 14

IMPRESSUM

INFOBRIEF TÜRKEI Erscheint unregelmäßig

REDAKTION

Errol Babacan (Frankfurt/M.), Murat Cakir (Kassel), Özgür Genç (Kassel), Axel Gehring (Marburg), Ismail D. Karatepe (Kassel) und Anne Steckner (Berlin)

<http://infobrief-tuerkei.blogspot.com>

E-Mail: infobrieftuerkei@gmail.com

V.I.S.D.P.: RLS-HESSSEN,

M. Cakir, Niddastr. 64, 60329 Frankfurt am Main

Gefördert von:

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG HESSEN

EDITORIAL

Die Nachricht vom größten Grubenunglück in der Geschichte der Türkei erreicht uns als die Arbeit an dieser Ausgabe fast abgeschlossen war. Offiziell haben über dreihundert Arbeiter ihr Leben in der Grube von Soma gelassen. Die Reaktionen der Behörden und der politisch Verantwortlichen dienen der Verhinderung einer Ursachenbestimmung. Diese würde offenlegen, dass für die systematische Vernachlässigung von Sicherheitsstandards das Profitstreben der Grubenbesitzer ebenso verantwortlich ist wie die Verhinderung wirksamer Kontrollmechanismen durch politische Instanzen: in diesem Fall durch die AKP-Mehrheit im zuständigen Regionalparlament, die einen durch die politische Opposition kürzlich gestellten Antrag zur Grubenüberwachung ablehnte.

Die Reaktionen der Regierung – darunter die Ausspernung einer kritischen Öffentlichkeit und von Anwälten aus dem Ort des Geschehens - demonstrierten wiederholt, dass sie nicht nur gewillt ist, jede Form von Kontrolle und Protest zu unterdrücken, sondern dass sie bereits den Gedanken an Kritik gegenüber ihrer autoritären Politik für illegitim hält. Im vergangenen Sommer kulminierte der Protest gegenüber dieser Politik in einem breiten Aufstand. Die Dringlichkeit, die an sich naheliegende Verbindung zwischen der anti-autoritären und kapitalismus-kritischen Stoßrichtung des Aufstands und dem Tod der Bergleute auf breiter, solidarischer Basis herzustellen, wurde nun auf tragische Weise erneut offenkundig.

Die Frage, wie es der AKP gelingt, trotz solcher Ereignisse ihre soziale Basis zu stabilisieren, bildet den eigentlichen Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe. Aus den Kommunalwahlen vom 30. März 2014, die wohl die umstrittensten Wahlen in der jüngeren Geschichte der Türkei waren und in einer mit allgemeinen Parlamentswahlen vergleichbaren Atmosphäre stattfanden, ging die AKP als stärkste Kraft hervor. Die Diskussionen nach den Wahlen waren nicht nur von Wahlfälschungs- und Korruptionsvorwürfen, sondern auch von diesem »unerwarteten« Ergebnis geprägt. Dabei wurde die Delegitimierung der politischen Macht der AKP durch ihre gewaltsame Reaktion auf die Straßenopposition während des Juni-Aufstands vermittels der Konfrontation zwischen der AKP und

der Gülen-Bewegung sogar noch verstärkt. Angesichts weiterer antidemokratischer Maßnahmen wie der Zensur sozialer Medien waren Viele der Auffassung, dass die Kommunalwahlen für die Regierung der Anfang vom Ende sein würden.

Das Wahlergebnis zeigte jedoch nicht nur, dass das Kalkül Erdogans, inmitten einer politischen Krise mit dem Verweis auf die Wahlurne die Demokratie auf Wahlen zu beschränken, gewissermaßen aufging. Es zeigte auch, dass Erdoğan im Bewusstsein der ökonomischen, sozialen und politischen Befindlichkeiten seiner Wähler_innen handelt. Nach eigenen Aussagen und in den Augen ihrer Wähler_innen wurde die AKP »entlastet«. Sie schaffte die Konsolidierung und sicherte sich 45 Prozent der Stimmen.

Bei näherer Betrachtung lässt sich sehen, dass die AKP gegenüber ihrem Ergebnis von 2009 bei diesen Wahlen ca. 6 Prozent mehr rausholen konnte. Auch wenn sie nicht überall zur stärksten Kraft wurde, hat sie es dennoch vermocht – von wenigen Ausnahmen abgesehen – mindestens die zweitstärkste Partei zu werden. Während die kurdische Partei des Friedens und der Demokratie (BDP) im Westen der Türkei erstmals in einem parteiförmigen Bündnis mit linken Gruppierungen (Demokratische Partei der Völker - HDP) antrat, jedoch kaum gewählt wurde, konnten umgekehrt die übrigen Oppositionsparteien - die Republikanische Volkspartei (CHP) und die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) in den kurdischen Gebieten fast keine Stimmen bekommen. Die AKP behielt ihre herausragende Stellung in nahezu der gesamten Türkei als wichtigster politischer Akteur und siegte vor allen Dingen in den zwei bedeutendsten Metropolen Ankara und Istanbul.

Zwar gibt es Hinweise, wonach die Korruptionsvorwürfe einen Einfluss auf das Ergebnis ausübten. Wahlforschungsinstitute bringen vor, dass die AKP ohne die Korruptionsvorwürfe die 50-Prozent-Marke überschritten hätte. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass eine sich auf Korruptionsvorwürfe beschränkende Opposition nicht ausreicht, während der Versuch, das Wahlergebnis nur mit Fälschungen zu erklären, die vielseitigen Verankerungen der AKP in der Ge-

sellschaft verdecken würde. Alexander Christie-Miller gibt in dieser Ausgabe einige Hinweise auf die Verankerung der AKP in der Bevölkerung und erläutert diese vor dem Hintergrund einer Kundgebungsbeobachtung, die noch vor den Kommunalwahlen stattfand.

Der Einfluss des Juni-Aufstands auf das Wahlergebnis lässt sich dagegen kaum in Zahlen messen. Die Kontinuitäten sind wohl an anderer Stelle zu suchen. Ein Beispiel hierfür findet sich im Engagement vieler Wähler_innen am Wahltag im Rahmen verschiedener bürgerschaftlicher Initiativen, den Wahlprozess zu überwachen. Burcu Baykurts Artikel in dieser Ausgabe dokumentiert dieses bemerkenswerte Engagement.

Schließlich hat Özgür Genç für diese Ausgabe eine Zusammenstellung von Artikeln vorbereitet, die nach der Kommunalwahl in der Türkei veröffentlicht wurden. Die Zusammenstellung vermittelt einen Überblick zu verschiedenen Erwartungen vor der Wahl und gibt Einschätzungen wieder, wie die Wahl sich auf das politische Feld auswirken könnte.

Eine interessante Lektüre wünscht die Redaktion

Özgür Genç, Ismail D. Karatepe, Errol Babacan, Axel Gehring, Murat Çakır und Anne Steckner ■

»DIE DICH KENNEN, SIND DEINE BEWUNDERER, DIE DICH NICHT KENNEN, DEINE FEINDE« – ODER: WARUM ERDOĞAN WEITERHIN SO BELIEBT IST*

VON ALEXANDER CHRISTIE-MILLER

Auf einer Demo am vergangenen Samstag im Istanbul Stadtteil Bakırköy war das ausschließlich weibliche Publikum entfach wie Teenager auf einem Pop-Konzert – lange bevor der Hauptredner die Bühne betrat. »Auf wen warten wir?«, skandierte der Anführer. »Recep Tayyip Erdoğan!«, so die tosende Antwort. Als ich einige der Frauen fragte, was ihnen am Premierer der Türkei so sehr gefalle, fiel den meisten darauf eine Antwort anfangs nicht leicht, so als seien seine Qualitäten so zahlreich, dass man sie gar nicht alle aufzählen könne. »Ich denke, es gibt niemanden wie ihn auf dieser Welt, er ist in jeder Hinsicht perfekt«, sagte eine.

Dies kontrastierte stark zu den Kommentaren, die ich zuvor an diesem Tag in Büyükdere, einem von der oppositionellen Republikanischen Volkspartei (CHP) regierten Stadtbezirk, gehört hatte, wo Erdoğan in Vorbereitung auf die landesweiten Kommunalwahlen am 30. März auf einer Kundgebung aufgetreten war. Dort hatte ich gerade einen Gemüsehändler nach seiner Meinung zum Premierminister gefragt, als ein Kunde sich einmischte: »Die Menschen sehen doch, was für ein Dieb Erdoğan ist«, sagte er und machte eine Bewegung, als ob er eine Schlinge um seinen Nacken ziehen würde. »Er ist ein Verräter und wird hängen.«

Diese einander diametral widersprechenden Ansichten fanden am treffendsten auf einem Transparent zusammen, das auf der Demonstration in Bakırköy emporgehalten wurde: Seni bilen hayran, bilmeyen düşman. »Die dich kennen, sind deine Bewunderer, die dich nicht kennen, deine Feinde«. An diesem Slogan beeindruckte mich besonders, dass er die Stärke der politischen Botschaft Erdoğan's so perfekt darlegte. Es ist ein Mantra, das sowohl Unterstützung wie auch Widerstand umfasst: Es unterstellt Opposition, ja fordert sie gar, um diese zugleich als illegitim abzutun. Menschen außerhalb der Türkei sind oft perplex angesichts der Frage, warum Erdoğan sich angesichts erheblicher Korruptionsvorwürfe, die seine Regierung nicht mal besonders gekonnt entkräftete, einen derart soliden Kern von UnterstützerInnen erhalten kann. Ich denke, viele Außenstehende – und auch zahlreiche Oppositionelle innerhalb der Türkei

– begreifen nicht, wie stark seine politische Plattform ist, und wie seine Erzählung in den Augen erheblicher Teile der Bevölkerung sogar noch stärker wird, je mehr er durch seine »Feinde« unter Beschuss zu geraten scheint. Seine Botschaft wird zudem von einem tief verwurzelten historischen Narrativ und spürbaren Errungenschaften in der Gegenwart gestützt. Diese statten ihn gegenüber den Korruptionsvorwürfen mit prompten Antworten aus, die in den Augen zahlreicher Menschen bei weitem überzeugender sind als substantielle Konsequenzen. Erdoğan's Slogan vom »nationalen Willen« – ein ziemlich gruselig erscheinendes Leitbild – ist für viele Türiinnen und Türiken weit fesselnder und weniger nebulös als Begriffe wie »Gewaltenteilung« oder »Rechtsstaat«, zumal die Motive der Gülen-Bewegung den Glauben an die Gesetzmäßigkeit an sich kompromittiert haben.

KONKRETE ERRUNGENSCHAFTEN VERSUS ABSTRAKTE KONZEPTE

Es ist mir peinlich einzugestehen, dass ich in den vier Jahren, die ich bereits hier lebe, vor Samstag nie auf einer von Erdoğan's Kundgebungen gewesen bin – ob schon seine Stimme den ständigen Soundtrack in der heutigen Türkei bildet. Sie schmettert landesweit aus Autoradios und von Fernsehschirmen in Geschäften, Cafés und Lebensmittelläden. Die meisten Fernsehkanäle switchen die Übertragung zum Premierminister, wann immer er spricht. Als er in der Sinan Erdem Sporthalle in Bakırköy auf die Bühne trat, vor einem Publikum von rund 7.000 Frauen, einige von ihnen mit kleinen Kindern, ein oder zwei mit ihren Ehemännern im Schlepptau, sprach er anlässlich des Internationalen Frauentages. Die Stimmung war bereits zuvor aufgeheizt von einer Reihe Redebeiträgen, u.a. von Istanbul's Oberbürgermeister Kadir Topbaş und Familienministerin Ayşenur İslam. Sie sprachen über die Politik der »Null Toleranz« gegenüber Gewalt an Frauen, über die große Zahl an Gesundheitszentren, Sporthallen und Kindertagesstätten, die die Partei in Istanbul errichtet habe und weiterhin errichten werde. Oft lenkt die Regierung die Aufmerksamkeit auf die vielen anderen Dinge, die sie auch gebaut hat: im ganzen Land neue Flughäfen, den kürzlich eröffneten Marmaray Tunnel unter dem Bosphorus, tausende Kilometer Fernstraßen. Regierungsgegner blicken verbit-

tert auf diese Leistungen. Ihnen erscheinen errichtete Gebäude unbedeutend im Vergleich zu Grundrechten, die aberkannt werden oder bedroht sind: die Rechte einer Frau über ihren Körper, zum Beispiel, die Erdoğan mit seinen Drohungen gegen Abtreibung und seiner bedrückenden Verherrlichung von Mutterschaft permanent infragegestellt. Für große Teile der Bevölkerung – meistens die ärmeren Schichten – sind die konkreten Errungenschaften der AKP allerdings weitaus substanzieller als eine Reihe abstrakt erscheinender Konzepte. Wenn letztere dann tatsächlich ihr Leben berühren (zum Beispiel ein Mädchen aus konservativem Hause, das gezwungenermaßen eine illegale Abtreibung durchführen lässt), werden sie meist nicht als politische Entscheidungen betrachtet. Sie erscheinen vielmehr als Schicksal, oder als der Wille Gottes, oder als gesellschaftliche Gepflogenheit.

GRAVIERENDE FEHLEINSCHÄTZUNGEN

Einer der wenigen mit einem schalen Nachgeschmack behafteten Aspekte während der Gezi-Proteste – der ansonsten inspirierendsten und positivsten sozialen Bewegung in der Türkei, der ich beiwohnte – war die breit geteilte Meinung über die Anhänger der Regierung: »Die Menschen unterstützen die AKP, weil die ihnen Sachen schenkt«, war eine oft gehörte Ansicht, oder auch »Die haben ihre Stimmen gekauft«. Die allgemeine Sichtweise war, Regierungsanhänger seien provinzierische, fromme, von einer zynischen Regierung hinters Licht geführte Schmarotzer. Dieser Aberkennung von Handlungsfähigkeit entsprach auf der Gegenseite die herablassende Behauptung der Regierung, die Gezi-Protestierenden seien »Randgruppen« oder verwöhnte, von Terrorbanden irreführte Kids. Manche bezogen sich auf den verbreiteten Glauben, die AKP kaufe sich ihre Unterstützung, indem sie Kohle umsonst verteile. Doch zugleich offenbarte sich darin die Vorstellung, die materiellen Errungenschaften der AKP – die Straßen, Flughäfen und so weiter – seien im Grunde Wahlbestechungen.

Um anhand eines Beispiels zu verdeutlichen, warum dies eine gravierende Fehleinschätzung ist, sei Tuzköy erwähnt, ein Dorf in der Provinz Nevşehir, das durch eine Krebs-Epidemie, die im Zusammenhang mit einem seltenen, im örtlichen Gebirge natürlich auftretenden Mineral steht, schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde. Ich habe vergangenes Jahr hierzu eine Reportage geschrieben. Seit den 1960er Jahren wusste der türkische Staat von der Misere in Tuzköy: Mehr als 50% der Todesfälle waren krebsverursacht, oft bei Menschen Anfang Dreißig. Über vier Jahr-

zehnte wurde aus unterschiedlichen Gründen nichts dagegen unternommen: kommunalpolitische Verfehlungen, schwache Regierungskoalitionen, Militärputsche, dürftige staatliche Leistungsfähigkeit usw. Erst kurz nachdem Erdoğan sein Amt angetreten hatte und ein AKP-Bürgermeister gewählt wurde, siedelte die Regierung das gesamte Dorf um. Jetzt ist die Situation auch nicht perfekt, aber die meisten Menschen, mit denen ich gesprochen habe, waren glücklich über die Umsiedlung, und darüber, dass ihre Kinder nicht länger mit der Aussicht auf einen frühen, qualvollen Tod leben mussten. Natürlich mag dies den Gegnern der AKP als eine Belohnung für die treue Gefolgschaft des Bürgermeisters erscheinen. Ähnlich wird die Großzügigkeit der Regierung in von der Opposition regierten Gebieten als populistischer Versuch erklärt, Unterstützung zu gewinnen – so wie bei den Projekten des öffentlichen Nahverkehrs in Izmir. Mag sein. Aber diese Sichtweise verschleiert den wichtigeren Punkt, dass nämlich die AKP – anders als manch ihrer Vorgänger – die Grundfunktionen einer Regierung erfüllt. Ohne die Aufmerksamkeit von der Korruption, der fehlenden öffentlichen Konsultation sowie der mit dieser Entwicklung einhergehenden Umweltzerstörung ablenken zu wollen (wenngleich letztere in der Türkei bei den Massen wenig Mobilisierungskraft hat), sollte die Opposition den gewaltigen materiellen Fortschritt der letzten Dekade klar und deutlich zur Kenntnis nehmen, ebenso wie die Rolle der AKP darin. Absurderweise könnte dies der einzige Weg sein, damit diese Errungenschaften nicht mehr weitläufig als das Monopol der AKP wahrgenommen werden sowie ihre Fortführung nicht mehr in Abhängigkeit von denen gesehen wird, die an der Macht sind. Vielleicht würden dann der Ausbau und die Dienstleistungen in der Infrastruktur nicht mehr als eine Funktion politischer Patronage betrachtet werden.

»SCHÜTZT DIE WAHLURNEN, SCHÜTZT EURE STIMME!«

Wie dem auch sei, Erdoğan trat auf die Bühne. Wie häufig begann er mit einer weitläufigen Grußreihe an die Menschen (Muslime) aus aller Welt. Er grüßte die geplagten Frauen Syriens, Somalias und aus Myanmar, »die trotz allem an ihrer Ehre festgehalten haben«. Er grüßte Frauen aller Berufe und sozialer Schichten. Nebenbei grüßte er sogar »die ausgebeuteten Frauen im Westen, die zu käuflichen Waren gemacht worden sind«. Es war ein klassisches Beispiel für die Art und Weise, in der Erdoğan scheinbar vereint, während er eigentlich spaltet. Für seine Anhänger erscheint er in diesen Grußbotschaften als der herausragende Staatsmann, der diejenigen, die er widerlich findet,

bemitleidet und sogar verbal umarmt. Gleichzeitig ist es eine unterschwellige Verurteilung des großen Teils derjenigen türkischen Frauen, die »westliche« kulturelle Werte übernommen haben. Für sein Publikum war es eine großartige Rede. Der Slogan des Events war *Kadın varsa demokrasi var*—»Wenn Frauen dabei sind, gibt es Demokratie« – womit wahrscheinlich gemeint ist, dass die Partizipation von Frauen Demokratie ausmacht, jenseits ihrer schlichten Anwesenheit. Zu diesem Thema gab Erdoğan eine Anekdote über ein Dorf namens Arslanköy zum Besten, in dem, wie er sagte, die ansässigen Frauen sich 1947 erfolgreich gegen die Versuche der CHP, die Wahlergebnisse zu manipulieren, zur Wehr gesetzt hatten. Dies ließ ihn zur gegenwärtigen Stimmabgabe in den anstehenden Kommunalwahlen übergehen. Die CHP würde wieder versuchen, die Stimmen zu klauen, behauptete er: »Schützt die Wahlurnen, schützt eure Stimme!« Die Demokratie, in Gestalt der Frauen von Arslanköy, die langmütigen konservativen Massen und Erdoğan himself wurden wieder mal von denselben Kräften attackiert wie in der Vergangenheit: dunkle ausländische Mächte, die CHP, die säkularen Eliten, die lange die Macht in ihren Händen gehalten und immer dann das Militär eingesetzt hätten, wenn ihr fester Griff sich zu lockern schien. Die gegenwärtigen Korruptionsvorwürfe passen perfekt in diese Erzählung. Anders als bei Gezi, als die »Putsch«-Behauptungen Außenstehenden schlicht lächerlich vorkamen, stellt nun niemand ernsthaft in Frage, dass Erdoğan recht hat, wenn er behauptet, die Ermittlungen zu den Bestechungsvorwürfen seien ein Versuch, ihn zu stürzen. In den Augen vieler Türkinnen und Türken ist es diese Tatsache, mehr als der Wahrheits- oder Unwahrheitsgehalt der Anschuldigungen selbst, die den stärksten Nachhall findet, und die die Bestechungsuntersuchungen mit einer seit langem etablierten und emotional tief sitzenden historisch-politischen Erzählung verknüpft. Dies spiegelt sich in den Aussagen der an der Kundgebung Beteiligten: »Das ist eine Falle, die uns von unseren Feinden gestellt wurde... Die Türkei befindet sich in ihrer glorreichsten Periode seit der Republikgründung, und da gibt es Leute, die darauf neidisch sind und versuchen, Probleme zu machen«, sagte eine Frau. Andere stellten die ökonomischen Erfolge der Regierung positiv den Anschuldigungen gegenüber: »Korruption hat es immer schon gegeben, jeder in der Regierung bereichert sich... Aber zugleich hat er [Erdoğan] so hart für uns gearbeitet, selbst wenn das alles wahr wäre, würde ich ihn weiterhin unterstützen.« Und ein anderer schlicht: »Ich werde ihn bis zum Ende unterstützen, bis zum Tod.«

Indem er daran festhält, er sei einem putsch-ähnlichen Angriff ausgesetzt, versucht Erdoğan immer wieder, den Geist von Premierminister Adnan Menderes wachzurufen, ein weiterer charismatischer Populist, der in seinen späteren Jahren auf eine autoritäre Linie umschwenkte, schließlich durch einen Militärputsch 1960 seines Amtes enthoben und nach einem Schauprozess gehenkt wurde. »Was sie Menderes angetan haben, wollen sie mir antun«, sagte er auf der Kundgebung in Bakırköy. Zu einer Zeit, in der Erdoğan um sein politisches Überleben kämpft, rahmt er diese Erzählung so, dass das von einem Teil der Bevölkerung geforderte Resultat – er möge zurücktreten und für die ihm zur Last gelegten Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden – für einen anderen großen Teil der Bevölkerung einem Putsch gleichkommt. Und sie haben nicht ganz Unrecht. Immerhin sind die erhobenen Korruptionsvorwürfe, was immer ihr Wahrheitsgehalt sein mag, zweifelsohne ein wohl kalkulierter Versuch, Erdoğan entweder aus dem Amt zu jagen oder ihn an den Wahlurnen so weit wie möglich zu schwächen. Innerhalb der Opposition haben die Bestechungsanschluldigungen und die Reaktion der Regierung – erfolgreich den Rechtsstaat außer Kraft zu setzen – die feste Überzeugung hervorgebracht, dass Erdoğan nun kein legitimer Premier mehr sei. Kemal Kılıçdaroğlu, der Kopf der führenden Oppositionspartei CHP, weigert sich nun, Erdoğan Başbakan (Premierminister) zu nennen. Stattdessen nennt der ihn einen Başçalan (Premierdieb).

COPYRIGHT AUF DEN »NATIONALEN WILLEN«? DIE HÄLFTE STIMMTE NICHT FÜR ERDOĞAN

Ebenso wie die Opposition in der Türkei die Stabilität der Unterstützung für die Regierung und die tiefe Resonanz von Erdoğan's Botschaft missversteht, so missversteht sein eigenes Lager die Bedeutung der noch zersplitterten Opposition gegen ihn. Diese falsche Auffassung rührt von Erdoğan's Erzählung selbst her (und von den spezifischen Spaltungen in der türkischen Politik), nämlich von der Behauptung, er und seine Unterstützer seien quasi identisch mit der Vorstellung von Demokratie. Durch diesen Glauben kann er ohne mit der Wimper zu zucken behaupten, dass die 49.9% der bei den letzten Parlamentswahlen gewonnenen Stimmen es ihm erlauben, das Copyright auf den "nationalen Willen" für sich zu beanspruchen, obwohl mehr als die Hälfte der WählerInnen für jemand anderen gestimmt hatten. Die Unterstützer der AKP tendieren dazu, diese Gegner im besten Fall als verbitterte Verlierer zu betrachten, und im schlechtesten Fall als aktive Putsch-Verschwö-

rer und Terroristen. Für diesen Teil der Bevölkerung ist die Fortsetzung und Verschanzung von Erdoğan's Regierung gleichbedeutend mit der Verteidigung der Demokratie selbst. Aus dem Blick gerät dabei der Umstand, dass der Erfolg der AKP in ihren ersten zehn Jahren – und der Grund, weshalb die Türkei in jener Zeit bei vielen Beobachtern aus der restlichen Welt ein derart hohes Ansehen genoss – darin bestand, eine Demokratie zu sein, die mit der Zustimmung fast der gesamten Bevölkerung funktionierte. Sogar diejenigen, die die AKP geringschätzten, anerkannten ihr Recht zu regieren. Erdoğan hat natürlich immer noch ein starkes demokratisches Mandat im grundlegenden Sinne, und womöglich bestätigt sich dies in den kommenden Wahlen. Aber er wird nicht weiterhin in der Lage sein, stabile Verhältnisse zu haben, wenn er nicht bereit ist, drastische repressive Maßnahmen zu beschließen, was der Türkei die Demokratie kosten wird. Erdoğan redet, als zögen diese Kommunalwahlen einen Schlusstrich unter die gegenwärtige Krise. Doch sollte umgehend offensichtlich geworden sein, dass dies nicht der Fall ist. Sein Problem ist nicht die Legitimität durch Wahlen, sondern die gesetzliche Rechtmäßigkeit. Die Angriffe der Gülen-Bewegung werden wohl weitergehen, und ein beachtlicher Teil der Bevölkerung wird einem durch Wahlen erneuerten Mandat Erdoğan's nicht trauen. Das liegt in der zunehmenden Wahrnehmung, dass angesichts des Umfangs der Korruptionsvorwürfe gegen die Regierung und des hohen Preises, der zu zahlen wäre (Erdoğan könnte im Gefängnis landen, falls er schließlich die Macht verliert), die Wahlen gefälscht werden könnten.

BEVÖLKERUNGSGRUPPEN AUF KOLLISIONSKURS

Letztlich mögen, so die abschließende Analyse, diese Kommunalwahlen gar nicht so bedeutsam sein, außer dass sie der Maßstab für Erdoğan's Entscheidung sein werden, ob er a) im August als Präsidentschaftskandidat antritt, und b) ob die Parlamentswahlen vorgezogen werden. Nun da in der Türkei die Anti-Regierungsproteste erneut entflammt sind, warfen gestern [12. März 2014] zehntausende Trauernde auf einem Platz in Istanbul Nelken auf den Sarg eines getöteten Jungen, für dessen Tod sie Erdoğan verfluchten und seinen Rücktritt verlangten. Zugleich sprach Erdoğan in der ostanatolischen Stadt Mardin zu einer anderen großen Menschenmenge und warf ebenso Blumen – auf seine ihn anheimelnden Unterstützer. Trotz der Wut, die in Istanbul hervorbrach, erwähnte er Berkin Elvan nicht einmal. Man unterliegt der Versuchung, bei der Betrachtung dieser Szene das einfache Klischee des Autokraten hervorzuholen, der jeglichen

Realitätsbezug verloren hat und kurz vor seinem Sturz steht. Dennoch ist keine dieser beiden Szenen eine Täuschung. Erdoğan mag von der einen Hälfte der Bevölkerung zutiefst entfremdet sein, doch zugleich hat er den Finger genau am Puls der anderen Hälfte, und das weiß er. Das macht die Situation in der Türkei so beängstigend: Erdoğan's politische Erzählung lenkt zwei wesentliche Teile der Bevölkerung auf einen Kollisionskurs. Mittelfristig fällt es mir zunehmend schwerer, eine Lösung der Situation auszumachen, ohne dass es zu einer noch ernsteren Periode sozialer Unruhen kommt, als wir sie bislang erlebt haben. Ob Erdoğan bleibt oder geht, in der Türkei stehen harte Zeiten an. Wir haben die Wut all derer auf der Straße gesehen, die sich von der autoritären Spaltungspolitik der Regierung marginalisiert fühlen, aber vielleicht muss der andere Fuß noch loslaufen: der Ärger eines ebenso großen oder gar größeren Anteils der Bevölkerung, die den Eindruck hat, dass just der Mann, der der Türkei augenscheinlich eine goldene Dekade verschafft hat, ihnen von ruchlosen Kräften entrissen wird. ■

*Das englische Original des Artikels erschien am 13. März 2014 bei Jadaliyya:

www.jadaliyya.com/pages/index/16873/seni-bilen-hayran-bilmeyen-dusman-or-why-erdogan-r

Wir danken Jadaliyya sowie dem Autor für die freundliche Erlaubnis, eine deutsche Übersetzung auf unserem Blog veröffentlichen zu dürfen.

DIGITALE PLATTFORMEN, ANALOGE WAHLEN: WIE BÜRGERSCHAFTLICHE GRUPPEN VERSUCHEN, DIE DEMOKRATIE IN DIE TÜRKIEI ZURÜCKZUHOLEN*

VON BURCU BAYKURT

Als die Gezi-Protestierenden im letzten Sommer den Park besetzten und ihre Frustration über die Regierung auf die Straße brachten, sagte ihnen Premierminister Erdoğan, sie sollten »geduldig sein und die Konfrontation an der Wahlurne abwarten.« Exakt gegen jenes reduktionistische Verständnis von Demokratie, welches politische Legitimität auf Wahlen begrenzt und eine kompromisslose, polarisierende Haltung gegenüber der Opposition einnimmt, standen die Demonstrierenden. Doch anders als ähnliche politische Bewegungen in den USA und Westeuropa, die das Wirken über Wahlen aufgegeben haben, nahmen die Gezi-Protestierenden Erdoğan's Aufruf ernst und machten von ihren Stimmen am 30. März Gebrauch. Ihre Bewegung konnte nicht zu einer politischen Partei anwachsen, welche die Anliegen der Multitude im Park ansprach, während die Oppositionsparteien nicht auf das pluralistische und aktive Bürgerschaftsverständnis eingehen konnten, das die Protestierenden verkörperten und einforderten. Aber das Misstrauen in institutionalisierte Politik führte zu einer Reihe von bürgerschaftlichen Initiativen, die tausende Freiwillige mobilisierten, während und nach den Wahlen als Beobachter_innen aktiv zu sein. Obwohl Twitter zum Zeitpunkt der Wahlen verboten war, waren Möglichkeiten gefunden worden, das Verbot technisch zu umgehen. Die Nutzung von Twitter durch zahlreiche Gruppen sollte eine wichtige Rolle bei der selbstorganisierten Beobachtung der Wahlen spielen.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT NACH GEZI

140journos ist eine dieser bürgerschaftlichen Gruppen, die sich auf das Berichten über die lokalen Wahlen konzentrierte, damit der Wahltag reibungslos und transparent verlief. Sie haben bereits an einer neuen Plattform, Journos, gearbeitet, die die täglich eintreffenden Berichte von hunderten Bürger_innen-Gruppen verifizieren, auswerten und kontextualisieren. Der 30. März war für die Initiative ein wichtiger Tag, weil sie mit anderen bürgerschaftlichen Wahlbeobachtungsgruppen, wie Vote and Beyond, zusammenarbeitete, um ihre neuen Hilfsmittel und Methoden auszuprobieren. Nach seiner Motivation befragt, sagte Engin von der Initiative mir: »Wir haben Jour-

nos gegründet, weil wir in das Recht der Menschen auf Wissen glauben. (...) In diesem besonderen Sinne sind wir nicht notwendigerweise hinsichtlich der Frage besorgt, wer die Wahlen gewinnt, sondern wie sie gewonnen werden.« Und: »Wir wussten, dass es ein fordernder Tag werden würde« aber »was am 30. März und in den folgenden Tagen passierte, ging über unsere Erwartungen hinaus.«

Die zwanzig Freiwilligen des Journos-Teams verbrachten den Sonntag damit, sich durch tausende Tweets durchzuarbeiten, die sie aus vielen Groß- und Kleinstädten der Türkei bis zur Schließung der Wahllokale erreichten. Sie dokumentierten Einwände, die in den Wahllokalen erhoben wurden, sowie Konflikte zwischen der Polizei und Menschen, die den Wahl- und den Zählprozess beobachten wollten. Sie verbreiteten diese Berichte auf Türkisch und Englisch und erreichten deshalb ein größeres Publikum als üblich. Zudem fiel ihre Partnerschaft mit den Beobachtungsgruppen mitten in die wachsende Spannung, die über fast jeder Wahlurne in der Türkei lag. Sie verbreiteten aber auch einen Brief mit Beanstandungen, die sich als falsch erweisen sollten. Obwohl sie diesen falschen Bericht unmittelbar korrigierten, hielt dies ihre Follower nicht davon ab, ihre Glaubwürdigkeit in Frage zu stellen und sie inmitten eines spannungsgeladenen Tages zu attackieren.

Sobald die Auszählungen begannen, strömten durch die Timelines türkischer Twitter-Accounts Berichte über Fälschungen, Stromausfälle und Wahlzettel, die in Abfallkörben gefunden wurden. Ebenso zirkulierten Aufrufe, zu den Wahllokalen zu gehen und die Auszählungen zu verfolgen. Und in den Mainstreammedien berichteten zwei Nachrichtenagenturen jeweils völlig konträre Ergebnisse. Journos bat seine Follower die Resultate der lokalen Zählungen zu tweeten. Bereits in den Wahllokalen anwesende Bürger_innen begannen Bilder der Auszählungsergebnisse zu machen und schickten sie unter dem Hashtag #SandikTutanağı zu Journos. Tausende Berichte – mehr als während der Gezi-Proteste – erreichten Journos innerhalb weniger Stunden via Twitter, Whatsapp und SMS.

In Ankara, wo sich der AKP-Kandidat Melih Gökçek und der CHP-Kandidat Mansur Yavaş ein Kopf-an-Kopf-Rennen lieferten, meldeten jene Websites, die über den Verlauf der Auszählung berichteten, plötzlich keine neuen Ergebnisse mehr. Zu jenem Zeitpunkt stand noch ein signifikanter Anteil von Stimmen aus zwei CHP-Hochburgen zur Auszählung an und Gökçek führte mit gerade einmal dreitausend Stimmen. Für beinahe eine Stunde gab es keine weiteren Daten. Währenddessen berichteten Bürger, dass der Innenminister Efkân Ala mit Bereitschaftspolizei zum Wahllokal gekommen war und Melih Gökçek derweil das Gebäude besuchte, das die Höhere Wahlkommission (YSK) beherbergt. Als auf die Website mit den Zählergebnissen schließlich auf einen Schlag die letzten Resultate hochgeladen wurden, führte Gökçek mit zwanzigtausend Stimmen. Ungeachtet der Frage, ob diese Unterbrechung nun Wahlbetrug bedeutete, wuchsen die Zweifel der Menschen am Wahlverfahren und auf Twitter schnellte die Zahl neuer Berichte über Zählergebnisse einzelner Wahlurnen in die Höhe.

Mit neuer Software und mehr Freiwilligen arbeitete Journos von Montag bis Dienstagmorgen daran, die von einzelnen Bürger_innen eintreffenden Ergebnisse mit den auf der Website der Wahlkommission veröffentlichten offiziellen Ergebnissen abzugleichen. Sie erstellten die Facebookgruppe »Seçim 2014« (Wahl 2014) und luden vertrauenswürdige Freunde ein, bei der Überprüfung der Ergebnisse mitzumachen. Ihr Netzwerk wuchs zu beinahe 300 Freiwilligen heran, die unermüdlich die Ergebnisse von den zweitausend Wahlurnen überprüften, die sie erreicht hatten. Als am Morgen des 1. April offizielle Beschwerden über die Wahlen eingelegt wurden, hatten sie annähernd 250 Unregelmäßigkeiten dokumentiert. Engin betont, dass sie Unregelmäßigkeiten dokumentiert haben, die zu Gunsten jeder politischen Partei, inklusive der AKP, wirken können.

Was jedoch auf ihre Beschwerde – und die parallelen Bemühungen der CHP – folgte, ist nur ein kleiner Ausschnitt davon, wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei inzwischen ausgehöhlt worden sind. Als sich die Protestierenden vor dem Gebäude der Wahlkommission versammelten und eine Neuauszählung für Ankara forderten, setzte die Polizei Wasserwerfer ein, um die Menge auseinander zutreiben. AKP-Offizielle verdammt jene Freiwilligen und Demonstrierenden, die protestierend vor den Wahllokalen aushielten oder die Ergebnisse der Wahl-

urnen überprüften. »Ihr einziges Ziel ist, Chaos zu schaffen«, sagte Melih Gökçek über solches bürgerschaftliches Engagement. Als er auf den Stromausfall in mindestens vier Stadtteilen Ankaras und vierzig Städten in der Türkei angesprochen wurde, gab Energieminister Taner Yıldız eine verblüffende Antwort: »Dies ist wirklich kein Witz. Der Strom fiel aus, weil eine Katze in eine Trafostation gestiegen war.« Festzuhalten bleibt: Obwohl an zahlreichen Wahlurnen Fälschungen dokumentiert worden waren, lehnte die Wahlkommission für Ankara den Antrag der CHP auf Neuauszählung der Stimmen ab.

IST DIES DIE DEMOKRATIE, NACH DIE SICH DER WESTEN SEHNT?

In der Nacht des 30. März grüßte Ministerpräsident Erdoğan freudestrahlend seine Unterstützer_innen und gab eine harsche Ansprache, in der er erklärte, dass seine Gegner_innen bei den Wahlen eine »osmanische Ohrfeige« erhalten hätten. Er sagte, dass seine Feinde in Politik und im Staat nach seinem Sieg einen Preis zahlen würden. Die populistisch-nationalistischen Gefühle seiner politischen Basis ausnutzend, signalisierte er einen Krieg mit Syrien und forderte den Westen heraus. Während einer seiner hochgradig polarisierenden Anmerkungen erklärte er: »Die Türkei hat die Demokratie, nach die sich der Westen sehnt.« Für jene, die den ganzen Tag über Fälle von Wahlbetrug dokumentiert und Bereitschaftspolizei an den Wahllokalen erlebt hatten, mag Erdogans Äußerung wie ein Scherz erschienen sein. Aber ich muss zugeben, dass ich ihm zum Teil zustimme. Aus folgendem Grund: Am 30. März hat die Türkei eine Wahlbeteiligung erlebt, von der westliche Staaten nur träumen können. Ungeachtet Erdogans dämonisierender und polarisierender Rhetorik, gaben insbesondere junge Menschen in der Türkei ihre Stimmen ab und verfolgten, wie diese gezählt wurden. Sie gingen zu den Wahllokalen, um sicher zu gehen, dass jede Stimme gezählt wurde. Sie stellten sich den Wasserwerfern entgegen, um vor der Wahlkommission die Neuauszählung der Stimmen zu fordern. Während sie das taten, behielten sie ihren Humor, um die irrwitzigen Erklärungen, die von den AKP-Offiziellen kamen, zu kritisieren.

Während die Menschen in der Türkei unnachgiebig ihre zivilen Muskeln spielen lassen, ist die Nicht-Reaktion, die von der Regierung kommt, vollkommen inakzeptabel. Die Menschen sind nicht nur durch Erdogans kompromisslose Rhetorik polarisiert, sie werden ebenso aktiv an der politischen Partizipation

10

gehindert, indem Beschwerden abgelehnt, Wahlstimmen womöglich nicht gezählt und ihre Bedenken nicht ernst genommen werden. Was für eine Politik ist in der türkischen Demokratie notwendig, wenn die exekutive Macht gesetzliche Veränderungen, Wahlergebnisse und selbst juristische Entscheidungen in ihrem Würgegriff hält? ■■■

*Das englische Original des Artikels erschien am 8. April 2014 bei Jadaliyya:

www.jadaliyya.com/pages/index/17252/digital-platforms-analog-elections_how-civic-group

Wir danken Jadaliyya sowie der Autorin für die freundliche Erlaubnis, eine deutsche Übersetzung auf unserem Blog veröffentlichen zu dürfen.

REFLEKTIONEN AUS DER TÜRKEI ZU DEN ERGEBNISSEN DER KOMMUNALWAHLEN: EIN KURSORSCHER ÜBERBLICK

VON ÖZGÜR GENÇ

Die kürzlichen Kommunalwahlen in der Türkei, die in einer Atmosphäre ähnlich den Parlamentswahlen abgehalten wurden und im Grunde einer Vertrauensabstimmung gleichkamen, hatten innerhalb der oppositionellen Kräfte die Hoffnung geweckt, die Risse in der AKP-Hegemonie seien deutlicher geworden. Der Juni-Aufstand, der die gesellschaftliche Opposition transformierte und zeitweise vereinigte, die Polarisierung zwischen AKP und Gülen-Bewegung, die im Zusammenhang des Korruptionsskandals veröffentlichten Dokumente, die daraufhin unternommenen Schließungsversuche sozialer Netzwerke und die verhängten Internetverbote sowie die von Recep Tayyip Erdoğan persönlich ausgehende ausgrenzende und diskriminierende Rhetorik zeugten immerhin von einer Krise der AKP-Regierung. Aber die kumulativen Wahlergebnisse belegen, dass die AKP keineswegs eine Wahlniederlage erlitten hat. Sicherlich werden detaillierte Auswertungen die unterschiedlichen Dimensionen dieses Wahlergebnisses deutlicher veranschaulichen.

Im Folgenden sind unterschiedliche Wahlbewertungen zusammenfassend dargestellt. Als Achse für diesen Artikel haben wir uns an zwei Diskussionssträngen orientiert: Hat sich erstens die gesellschaftliche Opposition, die mit dem Juni-Aufstand entstanden ist, in den Wahlprozess eingebracht, konnte daraus eine politische Alternative aufgebaut werden? Und zweitens: Wie konnte es der AKP gelingen, ihre Wählerschaft trotz des für viele Kreise überraschenden Korruptionsskandals und der AKP-Gülen-Konfrontation erneut für sich zu gewinnen und den Stimmenanteil nicht nur zu konsolidieren, sondern sogar auszubauen?

Eine Analyse von Güven Gürkan Öztan, die kurz nach den Wahlen auf der Internetplattform bianet.org veröffentlicht wurde, zeichnet den Rahmen über die zwei Seiten der politischen Polarisierung. Laut Öztan sei es nicht gelungen, die konsequente Haltung der Straßenopposition und des Juni-Aufstandes in einem politischen Zentrum zu sammeln, weshalb ein politischer Akteur vor den Wahlen nicht entstehen konnte. »Auch wenn es diesbezügliche Erwartungen gibt, ist mit Blick auf die Parlamentswahlen in 2015 eine die un-

terschiedlichen Kräfte vereinigende Alternative nicht in Sicht. Zwar beteiligten sich Teile der Mitglieder der Republikanischen Volkspartei (CHP) aktiv am Widerstand, aber die ideologische Linie, das Erbe der CHP und ihre fehlende Fähigkeit, demokratisch Politik zu machen, waren die Gründe dafür, warum sie keine Alternative darstellte« so Öztan weiter. Laut Öztan war die Unfähigkeit der während des Juni-Aufstandes entstandenen spektrenübergreifenden gesellschaftlichen Opposition, größere Massen ansprechende Politikformen zu entwickeln, ein wesentliches Hindernis für die Gewinnung weiterer Mitstreiter_innen: »Zwar haben die kreative Opposition und der sarkastische Stil für die Subjekte des Widerstands einen kollektiven und einenden Geist geschaffen, dies wurde jedoch von den Unterstützer_innen der Regierung als eine Strategie der ›Demütigung und Verachtung‹ wahrgenommen.« Aufgrund der scharfen AKP-Rhetorik habe, so Öztan weiter, eine breite Masse der Bevölkerung den Juni-Aufstand nicht als ein berechtigtes oder demokratisches Aufbegehren, sondern als Angriff auf »Stabilität, Ruhe und Ordnung« verstanden. Es gäbe zudem »innerhalb der demokratischen Kräfte und der um die AKP gesammelten Traditionslinien unterschiedliche Auffassungen über den Freiheitsbegriff«. Teile der AKP-Wählerschaft verstünden die Einschränkungen der Meinungsfreiheit und des Internets sowie die Verbote und die autoritären Mechanismen als Indikator für die Stärke ihrer Regierung.

Öztan weist auf die Erwartung der Oppositionskräfte hin, dass die AKP infolge einer weiteren Polarisierung, der zwischen ihr und der Gülen-Bewegung, sowie der bekanntgewordenen Korruptionsskandale in den Augen vieler Wähler_innen ihre Glaubwürdigkeit verlieren würde. Allerdings hatten die Korruptionsvorwürfe offensichtlich keinen Einfluss auf die Entscheidung an der Wahlurne. Öztan erklärt diesen Umstand mit der Haltung der Regierung zu den Korruptionsvorwürfen und damit, dass diese Vorwürfe – vorerst – keinen Einfluss auf die ökonomische Situation der Bevölkerung hätten. Auf der anderen Seite begründet er die Haltung der AKP-Wählerschaft mit dem »heiligen Staatsfetischismus«.

In seinem Artikel aus der Tageszeitung Birgün

kommt Deniz Yildirim zu ähnlichen Schlüssen und betont, dass die Kommunalwahlen sich allgemein für die AKP und im Besonderen für Erdoğan zu einer Vertrauensabstimmung entwickelt hätten. Yildirim bewertet den »Erfolg« der AKP vor dem Hintergrund ihrer Strategie nach den Vorgängen vom 17. Dezember 2013 und betont, dass die AKP die gesellschaftliche Polarisierung ihrer Basis mit einer »unmittelbar führerzentrierten und den Führer mit einer religiösen und verherrlichenden Legitimation als Heiliger ausstattenden Kampagne dargestellt und vor die Frage »Stabilität oder Ungewissheit?« gestellt habe. In diesem Zusammenhang benutzt Yildirim den Begriff »Kompensations-Islamismus«: »Um die moralische Führung der sich entwickelnden gesellschaftlich-politischen Oppositionsströmung abzuwehren, wurde der »säkulare« Charakter der Gegner angegriffen und durch den Vorwurf, die Gegner seien »unmoralisch«, aber die AKP selbst der Maßstab des »Muslimischen«, eine gewisse Kompensation erreicht. Der Versuch der AKP, jede Krise der moralischen Führung mit einer islamischen Diskussion zu beenden und die moralische Überlegenheit wiederzuerlangen, hängt mit dieser »Kompensationsuche« zusammen.«

Bei diesen Wahlen, in denen sich der islamistische Diskurs weiter herauskristallisierte, habe die AKP durch die religiöse Aufladung ihrer Herkunft und ihres Daseins den »Kompensations-Islamismus« auf eine höhere Stufe gebracht. Der während der Wahlkampagne benutzte Slogan »Allah ist mit uns« müsse ernst genommen werden. Die Strategie, die AKP als »Partei Allahs« darzustellen, sei mehr als nur ein »Ritual«. Laut Yildirim werde eine »Intensivierung der Islamisierung« die Folge sein. Diese Strategie erklärt er aus der Polarisierung zwischen der AKP und der Gülen-Bewegung. Während zuvor die gesellschaftlich-politische Opposition aufgrund ihres säkularen Charakters zum gegnerischen Pol erklärt worden sei, habe die jetzige Polarisierung erstmals zu einer Konfrontation innerhalb der »islamistischen Identität« und in Gegnerschaft zur Gülen-Bewegung geführt, in deren Verlauf die AKP sich als Hüterin der »wahren Religiosität« darstellen konnte. »Insofern kann konstatiert werden, dass die AKP gegenüber der Gülen-Bewegung durchaus erfolgreich war, indem sie sich ihrer Basis erklären und die übertriebene These von der vermeintlichen politischen Stärke der Gülen-Bewegung an der Wahlurne relativieren konnte«, so Yildirim weiter.

Wenn wir Faktoren wie die »ideologische Intensivie-

rung« in der Ansprache der konservativen Basis, die stärker islamistisch ausgerichtete politische Linie und – nach der Auflösung des Bündnisses mit den Liberalen und der Gülen-Bewegung – die Betonung der Milli-Görüş-Tradition in ihrer Bedeutung für lokale Kader aus der AKP berücksichtigen, dann können diese Wahlen als die historisch erfolgreichsten Wahlen der türkischen Islamisten bezeichnet werden. Die AKP habe zwischen 2002 und 2011 zunächst die Strategie verfolgt, die Lücke im politischen Zentrum zu füllen. Und nachdem das Zentrum eingenommen worden sei, habe sie die darin integrierten Massen mit »unterschiedlichen Einbeziehungsstrategien« unter dem Dach einer großen islamischen Erzählung gesammelt und auf diese Weise durchaus Zustimmung für ihr Projekt bekommen.

Yildirim sieht den »Erfolg« der AKP in ihrer »Fähigkeit, unterschiedliche politische Sensibilitäten in unterschiedlichen Regionen zeitgleich zu lenken.« Gerade die Kommunalwahlen, die ersten nach Beginn des sog. »Lösungsprozesses« [in der kurdischen Frage], hätten ein Tableau hervorgebracht, das zeige, wie die AKP sowohl nationalistisch-konservative türkische als auch konservative kurdische Wählerinnen und Wähler gleichzeitig anspricht.

Die Wahlanalyse von Mahmut Çınar zeigt auf, wie die AKP ihre Basis konsolidieren konnte und was die materiellen Grundlagen dafür waren. Mit Blick auf das Verhältnis der ärmeren Klassen zur AKP trifft Çınar folgende Feststellung: »Neben dem Kommunikationsprozess über die Stadtverwaltungen, die Gouverneure, die Distriktverwaltungen, die als Sprachrohre der Regierung agieren, ist es notwendig, das Organisationsmodell der AKP zu verstehen. [...] Die Gründe der Armut und der Arbeitslosigkeit werden strukturell nicht analysiert, was ja auch von einer Partei, die Fahnenträgerin des Neoliberalismus ist, nicht zu erwarten ist. Aber die »soziale Hilfe« macht einen erheblichen Teil der Haushalte z.B. der Stadtverwaltungen aus. Die Anstrengungen der Partei und der Regierung werden auf die vorübergehende Zufriedenheit der vom Staat zuvor kaum beachteten Massen kanalisiert. So stellt sich eine Partei, deren Klassenzugehörigkeit eine andere ist, an die Seite der unterdrückten Klassen.« Auch Ferda Koç kommt in seinem auf sendika.org veröffentlichten Artikel zu einer ähnlichen Schlussfolgerung. Koç meint, dass die Linke, wobei er die CHP im linken Spektrum verortet, nur in den urbanen Zentren mit mittlerem Einkommen ihre Führungsfähigkeit habe etablieren können, aber

in den ärmeren Stadtteilen die Hegemonie der Rechten stärker geworden sei. Koç ist der Auffassung, dass die führende Position der AKP innerhalb der armen Bevölkerungsgruppen auf einer »neo-populistischen Armutsverwaltung« basiere und es keine politische Alternative gäbe, die in der Lage sei (was sie hätte sein müssen), die Probleme der ausgebeuteten Massen zu artikulieren.

Zu verstehen, so Çınar, aus welchen pragmatischen Gründen die AKP-Wählerschaft zur Wahlurne gegangen ist, schaffe erst die Voraussetzung für eine Politik in den gegebenen Verhältnissen. Ähnlich wie Öztan zieht Çınar folgende Schlussfolgerungen aus den Wahlen: »Für die Hälfte der türkischen Bevölkerung stellt eine Regierung, die rechtsstaatliche Freiheiten jeden Tag von neuem auf autoritäre Weise behindert, kein Problem dar. Das bedeutet aber nicht, dass das für die Gesamtheit der anderen Hälfte kein Problem wäre. Dennoch: Für die eine Hälfte der türkischen Bevölkerung sind die Konzentration aller staatlichen Institutionen in einer Hand, der Verlust der Unabhängigkeit der Justiz, die finanzielle Förderung der regierungsnahen Medien und die Korruptionen kein Problem mehr.«

Ein aufschlussreicher Artikel von Cihan Tuğal, der im Nachrichtenportal T24.com.tr veröffentlicht wurde, zeigt den Einfluss des Juni-Aufstandes auf die Kommunalwahlen und analysiert, welche Bedeutung diese Wahlen in Zusammenhang mit dem Juni-Aufstand haben. »Plünderung [des Öffentlichen], Rechthaberei, Krieg – alles, wogegen der Juni-Aufstand war, wurde mit der Operation 17. Dezember offensichtlich. (...) Aber das Regime erneuerte die Zustimmung der einen Bevölkerungshälfte.« Tuğal stellt die Frage, ob der Juni-Aufstand aufgrund des AKP-Erfolges eine Niederlage erlitten habe oder nicht – immerhin sei der Juni-Aufstand eine Reaktion gegen die Missstände in der Regierung gewesen. Er hätte aber keinen Erfolg gehabt, keine Alternative entwickeln können. »Die Idee der sog. Alternativlosigkeit, die seit den 1970er Jahren [von den Herrschenden] auf der ganzen Welt vorangetrieben wurde, zu schwächen, ist durch einen Aufstand von ein paar Monaten sowieso nicht zu bewerkstelligen« so Tuğal. Doch zugleich erinnert er daran, dass historische Rebellionen wie der Juni-Aufstand mehr bedeuteten als nur Wahlergebnisse: »Die seit 2009 auf der ganzen Welt entstandenen Aufstände deuten auf das Ende des Gleichklangs von Kapitalakkumulation, liberaler Demokratie und US-Hegemonie. Doch das Fehlen eines Alternativmodells,

das an seine Stelle treten könnte, führt dazu, dass als Alternative zum liberal-konservativen Block nur ein noch dunklerer Konservatismus auftritt. In groben Zügen kann diese Situation mit dem Niedergang des Liberalismus in den 1920er Jahren verglichen werden. Auch damals hatten Faschismus, Nationalsozialismus o. ä. die entstandene Lücke gefüllt. Zugleich stand damals die Welt vor einer linken »Gefahr« – auch wenn sie klein war. Aus diesem Grund haben die sich erneuernden Regime wenig Raum für Demokratie und Gleichheit gelassen.« Tuğal meint, die Niederlage des Juni-Aufstandes könne nur dann proklamiert werden, »wenn die Akteure des Aufstandes es nicht schaffen, in den nächsten Jahren ein Alternativmodell gegen den Liberalismus zu entwickeln.«

ILKER ATAÇ (2013): »ÖKONOMISCHE UND POLITISCHE KRISEN IN DER TÜRKEI. DIE NEUFORMIERUNG DES PERIPHEREN NEOLIBERALISMUS«

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT: MÜNSTER 191 SEITEN.
REZENSION VON AXEL GEHRING

Die türkische Juni-Revolution von 2013 sowie der andauernde Machtkampf innerhalb des politischen Islam haben hierzulande das Interesse an den Entwicklungen in der Türkei belebt. Das Angebot an differenziert-kritischer Literatur in deutscher Sprache ist derweil begrenzt, und nicht wenige WissenschaftlerInnen und JournalistInnen haben sich in den letzten Jahren durch eine unkritische Nähe zur Regierung oder eine undifferenzierte Lobhuldigung des nunmehr kollabierten »türkischen Wirtschaftswunders« als AnalytikerInnen diskreditiert. Gezi bildete in diesem Kontext ein Ereignis, das half, auch hierzulande oppositionelle Deutungen aus der Türkei bekannt zu machen. Die gilt freilich vor allem für politisch-identitäre Fragen. Der kritische Diskurs zur politischen Ökonomie in der Türkei ist in der Bundesrepublik weitgehend unbekannt, auch unter WissenschaftlerInnen und politisch Aktiven.

Ilker Ataç verspricht mit dem vorliegenden Buch, das eine überarbeitete Fassung seiner Dissertation darstellt, »die unterschiedlichen Phasen des Neoliberalismus fest[zustellen und dessen Folgen für die Umstrukturierung des Verhältnisses von Staat und Ökonomie [zu] analysieren« (181) Den türkischen Neoliberalismus, der 1980 mittels eines orthodoxen IWF-Strukturanpassungsprogramms eingeführt worden war, gliedert er in drei Phasen:

Am Anfang stand demnach der Versuch ein liberales, exportorientiertes Entwicklungsmodell (43) zu etablieren. Nicht zuletzt eine Senkung der Löhne aktivierte anfangs bestehende Produktionskapazitäten für den Export, führte aber nicht zum Ausbau neuer Kapazitäten. Das Modell geriet in den späten 1980er Jahren in die Krise, nachdem graduelle politische Liberalisierungen ein Wiedererstarken der Gewerkschaftsbewegung ermöglichten. Die Öffnung des türkischen Finanzmarktes ab 1989 brachte einen neuen Wachstumsimpuls: Konsum und Importe konnten durch eine gesteigerte Kreditaufnahme ausgeweitet werden. Vor allem spielten die wachsenden Fiskaldefizite des

Staates und das hohe Zinsniveau eine wichtige Rolle für den Akkumulationsprozess, der sich vor diesem Hintergrund immer stärker in den Bankensektor verlagerte. Türkische Banken nahmen dabei günstig Kredite auf den internationalen Kapitalmärkten auf und investierten sie in hochverzinsliche Anleihen des türkischen Staates, dies geschah auf Kosten der Finanzierung des Produktionssektors. Dieses »staatszentrierte finanzielle Akkumulationsregime« war nicht nur auf Grund seiner internen Verfassung instabil und reagierte darüber hinaus empfindlich auf die Schwankungen der internationalen Kapitalmärkte. So führten die häufigen Krisen der neunziger Jahre erneut zu Einbußen bei den Reallöhnen. Die große Krise des Jahres 2001 bildete nach Ataç den Beginn der Reformulierung des neoliberalen Paradigmas nach dem Post-Washington-Konsensus, der in Türkei in Form des Güçlü Ekonomiye Geçiş Programı (GEGP, Programm zum Übergang in eine starke Ökonomie) implementiert wurde: Der türkische Staat verfolgte in diesem Rahmen eine von neuen bzw. gestärkten unabhängigen Regulierungsagenturen überwachte Austeritätspolitik. An die Stelle staatszentrierter finanzieller Akkumulation trat nunmehr ein kreditbasierter Finanzialisierungsprozess, der wesentlich auf Steigerungen von Privatkonsum und -verschuldung sowie einer vertieften Integration in die internationalen Geldmärkte basierte, während das Problem der geringen Investitionen in die Industrie bestehen blieb. Ein vergleichsweise stabiles globalökonomisches Umfeld und das Vertrauen der internationalen InvestorInnen in die neue Stabilität der Türkei führten zu hohen Zuflüssen ausländischen Kapitals, das dazu beitrug, die parallel zum ökonomischen Wachstum steigenden Leistungsbilanzdefizite zu finanzieren. Dies ermöglichte gerade auch den Mittelschichten einen auf Kredit basierenden Konsumschub und generierte nicht zuletzt gesellschaftliche Zustimmung für die seit Ende 2002 regierende AKP. Letztere formulierte keine eigene Wirtschaftspolitik, sondern betrieb bis zum Ende des Analysezeitraums (2007) im Wesentlichen die Umsetzung des GEGP.

Zentrale Dynamiken des türkischen Neoliberalismus seit 1980 stellt Ataç durch Aufarbeitung der einschlägigen kritisch-politökonomischen Literatur aus der

Türkei gut verständlich dar; dies gilt insbesondere für den ebenso komplexen wie engen Zusammenhang zwischen Fiskalpolitik, Zinspolitik und der Konstitution von Akkumulationsregimen. So wird klar, warum die führenden Kapitalgruppen und Banken in der Türkei seit den neunziger Jahren selbst auf die Implementierung des Post-Washington-Konsensus gedrängt hatten, die ab 2001 schließlich in Form des GEGP erfolgte. Ataç bezeichnet dies als »Interiorisierung weltumspannender Kräfteverhältnisse«.

Allerdings verspricht Ataç mehr, wenn er eingangs kritisiert, dass »in regulationstheoretischen Analysen peripherer Gesellschaften (...) die Außenwirtschaftsbeziehungen im Handel- und Geldbereich im Mittelpunkt« (14) stehen und »Fragen nach der Transformation von Staatlichkeit, nach politischen Auseinandersetzungen sowie nach der Verbindung von Kräfteverhältnissen und gesellschaftlichen Projekten« eine »Lücke in der regulationstheoretischen Forschung bilden« (15). Eben dies hätte eine systematischere staats- und hegemonietheoretische Erweiterung (seines an sich überzeugend entwickelten) regulationstheoretischen Ansatzes sowie eine systematische Analyse gesellschaftlicher Konflikte jenseits von Fragen der unmittelbar makroökonomischen Regulation erfordert. So untersucht er zwar die Umstrukturierung des Verhältnisses von Staat und Ökonomie mit einem klaren Fokus auf die Schaffung neuer, direkt dem Ministerpräsidenten unterstellter Apparate, die in den in der 1980er Jahren den Neoliberalisierungsprozess forcierten, sowie die Etablierung unabhängiger, »depolitisierter« Regulierungsagenturen, die diesen Prozess in den 2000er Jahren konsolidierten. Doch leider verschränkt Ataç diese Prozesse nicht konsequent genug mit der Entstehung, Bedeutung und Wirkungsgeschichte gesellschaftlicher Projekte. Es findet sich zwar ein kurzer Exkurs zum »Özalismus«, dem liberal-konservativen Populismus der achtziger Jahre, wer aber etwas über die Reformulierung des politischen Islam im Kontext des Neoliberalisierungsprozesses sucht, die immerhin eine Voraussetzung dafür war, dass sich auch die islamistische AKP aktiv auf das GEGP verpflichten konnte, wird im vorliegenden Buch nicht fündig.

Sein Buch bleibt damit im Kern eine regulationstheoretische Analyse der politischen Ökonomie der Türkei bis 2007, die systematisch auf Prozesse Fiskalpolitik, Staatsfinanzierung, Zinspolitik fokussiert ist und deren Implikationen für die Entwicklung des produzierenden Sektors sowie des Handels erläutert. Das

Versprechen, die Umstrukturierung des Verhältnisses von Staat und Ökonomie zu analysieren, löst es indes nicht ein. Ein solches Versprechen hätte der Autor allerdings auch nicht zwingend geben müssen, denn in Deutschland herrscht ohnehin eine weitgehende Unkenntnis der kritisch-politökonomischen Debatten in der Türkei und folglich eine große Lücke für schlüssige regulationstheoretische Beiträge. Festzuhalten bleibt insofern: Das vermeintliche türkische Wirtschaftswunder hat auch innerhalb einer kritischen deutschen Öffentlichkeit zu lange Bewunderung erfahren – Ataçs Studie trägt dazu bei, dieses Wunder zu entzaubern. ■

WIR MÖCHTEN AUF DAS ERSCHEINEN DER NR. 342 (MAI/JUNI 2014) DER NORD-SÜD-POLITISCHEN ZEITSCHRIFT IZ3W MIT DEM THEMENSCHWERPUNKT »BEFREIEND – PROTESTBEWEGUNG IN DER TÜRKEI« AUFMERKSAM MACHEN.

Die massenhaften Proteste während des Sommers 2013 in der Türkei offenbarten es: In erheblichen Teilen der Bevölkerung hat sich enormer Unmut über die konservativ-islamische AKP und die von ihr verursachte soziale, kulturelle und ökonomische Misere angestaut. Istanbul erlangte innerhalb weniger Tage weltweite Berühmtheit als »City of Resistance«. Gezi war die Initialzündung, doch die daraus hervorgegangene Bewegung war landesweit.

Der Themenschwerpunkt fragt nach den Hintergründen der Proteste, ihrer historischen Bedeutung und der Zukunft der Bewegung.

BEITRÄGE IM THEMENSCHWERPUNKT

Das Rad ist im Rollen. Die Gezi-Bewegung hat die Türkei nachhaltig verändert
von Jan Keetman

Einen Tee für alle bitte. Warum die Gezi-Protestbewegung überfällig war
von Gül Keetman

»Leiste Widerstand mit Hartnäckigkeit«. Feministische Slogans prägten den Widerstand
von Tuğçe Ellialtı

»Das F-Wort wurde verflucht«.

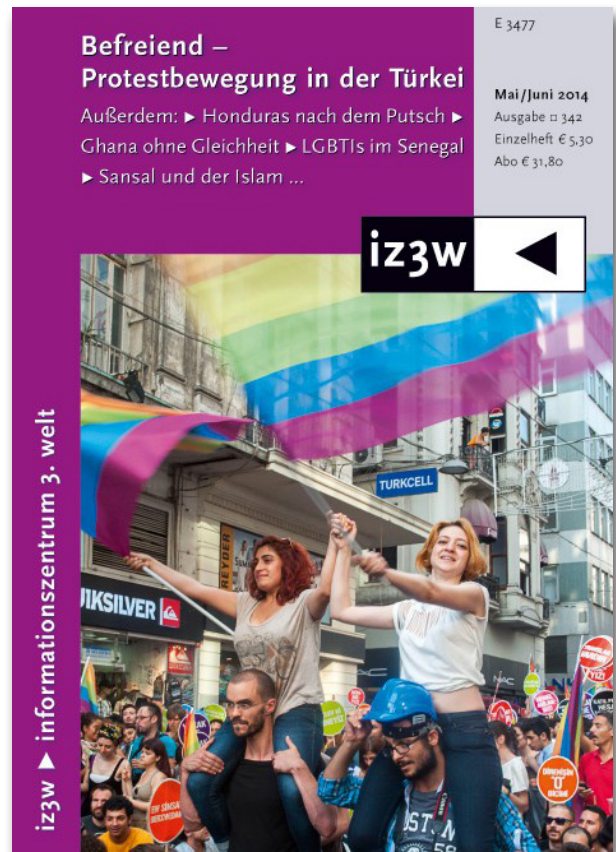
Interview mit İnci Özkan Kerestecioğlu über türkischen Feminismus und die Gezi-Proteste

»Hier bin ich, Darling«. Die LGBT-Szene vertritt ihre Ziele als Teil der Protestbewegung
von Canset İcpinar

Vom Aufstand zur Palastrevolution. Der Machtkampf zwischen AKP-Regierung und Gülen-Netzwerk
von Errol Babacan

»Ich entschuldige mich«.

Interview mit Levent Sensever und Gonca Sahin über den Genozid an den ArmenierInnen und die Gezi-Proteste



Und die Gewerkschaften? Widerstand gegen Islamismus und Neoliberalismus

von Axel Gehring

»Jetzt diskutiere ich«. Die Kulturschaffenden sind wichtiger Teil der Protestbewegung

von Sabine Küper-Busch

WEITERE INFORMATIONEN ZUM HEFT: WWW.IZ3W.ORG/ZEITSCHRIFT/AUSGABEN/342_TUERKEI